

Impulsvortrag

„Herausforderungen Demografie und Pflege“

am Verbandstag 2018 der Senioren-Union Baden Württemberg

am 22.10.2018 10:30 in Gerlingen

Klaus Burger MdL, Sprecher für Senioren der CDU Landtagsfraktion

Einleitung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Rainer Wieland,

Liebe Bezirks- und Kreisvorstände, werte Ortsvorsitzende,

liebe Seniorinnen und Senioren

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Erlauben Sie mir, dass ich zunächst ein paar Worte zu meiner Person ausführe.

Mein Name ist Klaus Burger. Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder.

Seit 2012 darf ich den Landkreis Sigmaringen im Landtag von BW vertreten. Hauptaufgabenfelder sind der Ländliche Raum und der Bereich Soziales und Integration

Deshalb auch die Sprecherfunktionen Senioren, Agrar, Familien, Ehrenamt

Liebe Seniorinnen und Senioren,

eigentlich müssten wir heute viele Themen besprechen.

Einige wurden mir bei der Sitzung im Landesvorstand der Senioren-Union zugerufen

- Barrierefreiheit, ÖPNV

- Bezahlbarer Wohnraum, Generationengerechtes Wohnen für Jung und Alt, Quartier 2020, Baugesetzbuch
- Familiengerecht – ist auch Seniorengerecht
- Gesundheitsversorgung, Ärzte
- Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Stichwort „**Vereinsamung**“
- Energiewende 60+, Förderprogramme KfW
- Wie finanzieren wir das alles?
- Und ganz wichtig: es geht nicht nur um Baden-Württemberg oder Deutschland, auch die SU Union hat **eine Verantwortung, Forderungen und Vorschläge in Richtung Europäische Union zu tragen.**
- Die beiden letzten Punkte ließen sich über Anträge voranbringen, das ist der Vorschlag von Elisabeth Jeggle.
- A.) Auch der älteren Generation ist ein sicheres und starkes Europa wichtig. Als Land in der Mitte von Europa profitiert besonders Baden-Württemberg.
- B.) Nicht nur davon reden, wir brauchen zur Umsetzung auch die finanziellen Mittel.

Aber auch Fragestellungen innerhalb der SU interessieren mich:

- Wie gelingt es uns, Mitglieder zu werben? Die SU hat einen Altersdurchschnitt von 78, den gilt es zu senken.
- Wie schaffen wir es, dass nicht nur die sogenannten „Wutbürger“ in unserer Gesellschaft gehört werden, sondern auch die Senioren?
- Wie transportieren wir die Arbeit der SU in der digitalen Welt? Stichwort „Internetauftritt“.
- Ihr Internetbeauftragter Claus Bühnert hat dazu schon sehr gute Vorarbeit geleistet.
- Oder wie arbeitet die SU bei der Europa-Kommunalwahl 2019 mit? Aus meiner Sicht sind sie hier unverzichtbar.

Liebe Seniorinnen und Senioren, das sind zugegeben viele Baustellen und es sind längst nicht alle.

- Zwei der größten Themenfelder will ich heute ansprechen:
- **Die Herausforderungen des demografischen Wandels und das Thema Pflege.**

- Die neuesten demographischen Zahlen in Baden-Württemberg, welche der Demografiebeauftragte des Landes, Thaddäus Kunzmann, vorgelegt hat, haben aufhorchen lassen.
- Sie zeigen, dass sich unsere Gesellschaft grundlegend verändern wird.
- Ich will auch keine Angstmache betreiben, sondern dazu aufrufen, dass wir die Herausforderungen annehmen und den Wandel aktiv gestalten und damit den Grundstein dafür legen, dass es auch in Zukunft Generationengerechtigkeit in Baden-Württemberg gibt.
- Und das geschieht überwiegend im täglichen politischen Handeln. Wir müssen vor jeder Entscheidung überprüfen, welche Folgen Politik von heute für die Gesellschaft von morgen hat.

**Ausgangslage -
Zahlen, Daten,
Fakten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- wir stehen vor folgender Ausgangslage:
- Baden-Württemberg ist das Bundesland, das seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland den stärksten Zuzug erlebte.
- Unsere Bevölkerung ist seither um 62 Prozent gewachsen. Sie ist deshalb auch die jüngste im Vergleich aller Flächenländer. Die Menschen im Land sind mit 43,2 Jahren ein ganzes Jahr jünger als der

Bundesdurchschnitt und sogar mehr als 4 Jahre jünger als die Menschen in Sachsen-Anhalt, die bundesweit am ältesten sind.

- Durchschnittlich jünger als die Baden-Württemberger sind nur die Menschen in Berlin und Hamburg
(Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017).
- Gleichwohl ist auch bei uns das Durchschnittsalter der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um vier Jahre gestiegen. Dieser Wert wiederum liegt nur ganz knapp unter dem Bundestrend.
- Zudem ist zu beachten, dass 68 Prozent der baden-württembergischen Wirtschaftskraft im ländlichen Raum generiert werden.
- Dabei beklagt der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag bereits heute einen ganz erheblichen Fachkräftemangel. So belegt der BWIHK-Fachkräftemonitor, dass den Unternehmen im Land bereits aktuell über 300.000 Fachkräfte fehlen. Bis zum Jahr 2030 wird diese Lücke voraussichtlich auf mehr als 520.000 anwachsen.
- Gleichzeitig wird erwartet, dass das Fachkräftepotenzial von heute insgesamt rund 4 Mio. auf 3,2 Mio. Fachkräfte im Jahr 2030 sinkt.

- Hierdurch wird der Wettbewerb um die besten Köpfe in den kommenden Jahren erheblich angeheizt werden.

Und das zweite Thema Pflege

- Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Land ist seit 1999 von gut 210.000 auf gut 328.000 im Jahr 2015 angestiegen.
- 72 Prozent dieser Menschen werden zu Hause versorgt (Quelle: Statistisches Landesamt, 2018).
- Bis zum Jahr 2030 werden wir voraussichtlich über 400.000 Pflegebedürftige haben.
- Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass die Pflege künftig immer weniger durch Familienangehörige gewährleistet werden kann. Aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch aufgrund zunehmender gesellschaftlicher Mobilität und aufgrund höherer Erwerbsbeteiligung von Frauen ist vielmehr damit zu rechnen, dass das private Pflegepotenzial bei Partnerinnen oder Partnern bzw. Kindern oder Schwiegerkindern immer seltener für die häusliche Pflege zur Verfügung stehen wird.
- Im Ergebnis stehen wir also trotz der vergleichsweise guten Ausgangssituation vor denselben Herausforderungen, wie der Rest der Republik auch.

- Unsere Gesellschaft verändert sich. Baden-Württemberg wird älter, Baden-Württemberg wird heterogener und die Baden-Württemberger werden – mittel- bis langfristig – vermutlich auch weniger.
- Unabhängig vom Zuzug aus dem In- und Ausland wird sich mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand bereits ab dem Jahr 2030 das Verhältnis zwischen der erwerbsfähigen Bevölkerung und den Menschen, die sich im wohlverdienten Ruhestand befinden, dramatisch verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

- mit der Berufung eines Landesdemografiebeauftragten ist es aber selbstverständlich nicht getan. Er kann Impulse geben. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen obliegt aber dem Parlament, der Landesregierung und nicht zuletzt den Akteuren vor Ort in unseren Städten und Kommunen.
- Lassen Sie mich deshalb nun noch einige Handlungsfelder konkret benennen:
- An vorderster Stelle steht für uns die Notwendigkeit, die **ländlichen Räumen attraktiv und lebenswert zu erhalten.**

- Dazu genügt es nicht, bloß dem Wegzug Jüngerer entgegen zu wirken, der mit der im Arbeitsleben geforderten Mobilität und der allgemeinen Urbanisierung einhergeht.
- Vielmehr muss es auch darum gehen, dass sich wieder mehr Menschen im ländlichen Raum niederlassen.
- Damit beides gelingt, bedarf es insbesondere zeitgemäßer Wohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur in den wirtschaftlich starken Verdichtungsräumen, sondern auch in den ländlichen Regionen Baden-Württembergs.
- Dazu brauchen wir schnelles Internet, damit die vielen Unternehmen, die heute noch im ländlichen Raum angesiedelt sind, dort auch zukünftig erfolgreich arbeiten können.
- Dazu brauchen wir ein umfassendes Betreuungs- und Bildungsangebot.
- Dazu brauchen wir flächendeckend eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung.
- **Das muss auch bezahlbar für Senioren sein.... Ich kenne ihren Antrag zur Reduzierung des Eigenbeitrages zur stationären Pflege und die stichhaltige Begründung.**
- Dazu brauchen wir neue Mobilitätskonzepte.

- Dazu brauchen wir ein funktionierendes Ehrenamt, das die professionellen Strukturen bei der Bewältigung des demografischen Umbruchs unterstützt.
- Und dazu brauchen wir schließlich auch den Zuzug qualifizierter Menschen, um die Folgen der bereits bestehenden und sich verschärfenden Fachkräftelücke abzumildern.
- Minister Peter Hauk hat einen Kabinettsausschuss ländlicher Raum gegründet, in dem er einige der Themen bereits angegangen hat.
- Viele der genannten Maßnahmen fallen nicht in die alleinige Zuständigkeit des Landes. Das Land tut aber viel dafür, um die zuständigen Akteure bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen.
- So möchte ich zunächst an die Vereinbarung aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag erinnern, nach der die Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell und strukturell unterstützt werden sollen.
- Zudem wollen wir einen Demografiebonus einführen, der Kommunen mit stark rückläufigen Bevölkerungszahlen bis zu zehn Jahre lang höhere

Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen
Finanzausgleichssystem garantiert.

- Zusätzlich soll die höhere Infrastrukturbelastung ländlicher Kommunen in der Finanzausgleichsmasse A berücksichtigt werden.
- Zu allen diesen Punkten stehen die Koalitionsfraktionen in einem konstruktiven Austausch mit der Landesregierung.
- Hinsichtlich der Breitbandversorgung können wir feststellen, dass sich Baden-Württemberg stetig verbessert.
- Es ist ein wichtiger erster Schritt, dass Ende 2017 bereits über 80 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet von mindestens 50 Mbit/s versorgt waren.
- Darauf können und müssen wir aufbauen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die vom Innenminister ins Leben gerufene Gigabit-Allianz, die zum Ziel hat, die Anstrengungen der Städte, Gemeinden und Landkreise, der Infrastrukturunternehmen sowie der Wirtschaft beim Auf- und Ausbau des Glasfasernetzes im Land zu bündeln.
- Die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigte Förderung des Breitbandausbaus und der Digitalisierung der Schulen mit einem zweistelligen Milliardenbetrag

wird hier einen weiteren deutlichen Schub bewirken können.

Zurück zum Thema Pflege

- Natürlich macht der demografische Wandel auch vor der Ärzteschaft nicht halt.
- Das führt zum einen dazu, dass die Krankenhäuser vermehrt Schwierigkeiten haben, das notwendige Personal zu rekrutieren. Zum anderen haben niedergelassene Ärzte insbesondere im ländlichen Raum zunehmend Schwierigkeiten einen Nachfolger zu finden.
- Die Neuordnung der Krankenhausstrukturen im Land wird eine gewisse Entspannung bringen.
- Und wir haben bereits im Jahr 2010 gemeinsam mit der damaligen Sozialministerin das Landarztprogramm zur Förderung der Niederlassung von Hausärzten in von einer Unterversorgung betroffenen oder bedrohten Regionen auf den Weg gebracht.
- Dieses läuft bis heute sehr erfolgreich und wir gehen davon aus, dass wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner und dem Sozialminister auch zukünftig daran festhalten werden.
- Darüber hinaus wird auf maßgebliche Initiative der CDU-Landtagsfraktion in den nächsten Tagen ein

Stipendienprogramm aufgelegt werden, das zum Ziel hat, einen weiteren Anreiz dafür zu schaffen, sich im Anschluss an die Weiterbildung im unterversorgten ländlichen Raum niederzulassen.

- Dazu soll mit einer finanziellen Förderung während des Studiums die Verpflichtung verknüpft werden, im Anschluss an das Studium die fachärztliche Weiterbildung im Fördergebiet zu absolvieren und nach Abschluss der fachärztlichen Weiterbildung eine hausärztliche Tätigkeit von mehr als 50 % im Fördergebiet aufzunehmen.
- Schließlich darf natürlich in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Pflege nicht unterbleiben.
- Leider müssen wir in der Pflege wie auch in vielen anderen Berufen feststellen, dass der Zuwachs an Fachpersonal nicht mit dem wachsenden Bedarf Schritt hält.
- Dies liegt auch daran, dass der Pflegeberuf in der Öffentlichkeit nicht den Stellenwert hat, der ihm tatsächlich zukommen müsste.
- Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode die Enquete-Kommission Pflege angestoßen, deren Handlungsempfehlungen wir nun Schritt für Schritt umsetzen werden.

- Und wir haben bei unserer Klausurtagung in Berlin ein Positionspapier Pflege-Kernbotschaften verabschiedet.
- Wir begrüßen die von der Bundesebene angekündigten Initiativen, die Tarifbindung in der Altenpflege zu stärken und in der Krankenhausvergütung die Lohnkosten besser abzubilden
- Das ist insbesondere für Baden-Württemberg als Hochlohnland von großer Bedeutung.
- Schließlich wollen wir bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen insbesondere im ärztlichen sowie im Alten- und Krankenpflegebereich schneller werden.
- Deshalb haben wir in den letzten Haushaltsberatungen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die dafür zuständigen Personalstellen im Regierungspräsidium Stuttgart mehr als verdoppelt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Schluss

es gibt viel zu tun. Gehen wir es gemeinsam an. Ich zähle auf Sie, aber Sie dürfen auch auf mich zahlen. Als Mittler ihrer Themen in die CDU-Landtagsfraktion hinein.

Und denken Sie positiv:

- Wir werden alle älter
- Wir sind im Alter noch nie so Vital gewesen

- Wir sind gesünder
- Und die glücklichsten und zufriedensten Menschen leben in Deutschland und Baden-Württemberg

Abschließend bitte ich um Verständnis, dass ich ihre Veranstaltung schon bald wieder verlassen muss, aber es gibt einen guten Grund.

Als Kreisrat konnte ich das Ziel ein stationäres Hospiz in Sigmaringen zu schaffen, einen entscheidenden Schritt voran bringen und heute Mittag wird dazu der Grundsatzbeschluss gefällt, da will ich nicht fehlen.